



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 21.10.2020
– Auszug aus Drucksache 18/10867 –**

**Frage Nummer 8
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter
**Christoph
Maier**
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich linke Gegendemonstranten anlässlich des Besuchs des mobilen Bürgerbüros der AfD-Fraktion in Lindau am Freitag, den 09.10.2020, mit großen Banner so unmittelbar vor das Mobil stellten, dass der Zugang für Passanten stark erschwert wurde und auch der Schirm nicht aufgespannt werden konnte, frage ich die Staatsregierung, wie viel Zeit verstrich vom Anruf der AfD-Mitarbeiterin, die den Sachverhalt schilderte, bis zum Zeitpunkt, in dem Einsatzkräfte die Gegendemonstranten auf einen anderen, wohl genehmigten Platz verwiesen, warum die Einsatzkräfte nicht sofort die Behinderung unterbanden und ob es zutrifft, dass sich das AfD-Infomobil nicht auf dem genehmigten Stand befand, wie in der Lokalpresse behauptet wurde?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Die erste Mitteilung des Sachverhaltes an die polizeilichen Einsatzkräfte erfolgte am 09.10.2020, um 11.55 Uhr. Mit Eintreffen der ersten Polizeibeamten vor Ort, um 12.18 Uhr, erfolgte die unverzügliche Aufnahme des Sachverhaltes. Durch die vor Ort befindlichen Betreiber des AfD-Infomobils konnte in diesem Zusammenhang allerdings keine Sondernutzungserlaubnis für den Betrieb des Infostandes vorgezeigt werden. Nach Beiholen der Sondernutzungserlaubnis und Bewertung der vorliegenden rechtlichen Situation wurde den Teilnehmern der Gegenversammlung um 12.50 Uhr unverzüglich ein abgesetzter Bereich als Versammlungsort zugewiesen.

Eine erhebliche Behinderung des Infostandes lag nach Feststellung der eingesetzten Polizeikräfte vor Ort nicht vor. Der Pavillon mit Aufschrift war trotz der Gegenversammlung von vorbeigehenden Personen jederzeit erkennbar und für interessierte Bürger zugänglich.

Der AfD-Infostand befand sich auf der Verkehrsfläche der Maximilianstraße und nicht, wie in der Sondernutzungserlaubnis aufgeführt und genehmigt, auf dem Bismarckplatz in Lindau. Insofern wurde der AfD-Infostand an der falschen Örtlichkeit aufgebaut. Auf eine Korrekturforderung wurde seitens der Polizei wegen der damit verbundenen Auf- und Abbaudauer allerdings verzichtet.